

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

ver.di im Gespräch mit dem Finanzsenator

Am 30. September trafen sich VertreterInnen der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung erneut mit dem Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz und VertreterInnen der Senatsverwaltung für Finanzen.



v.l.n.r. für SenFin: Doris Berger, Bettina Arlt, Rita Schröder, Holger Borkamm, Bettina Werth, Dr. Matthias Kollatz
für ver.di: Francisca Bier, Jörg Bewersdorf, Stefan Utecht, Susanne Bewersdorf

Altersgrenze wird heraufgesetzt

ver.di hatte den Senator immer wieder aufgefordert, die Höchstaltersgrenze für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst der Berliner Steuerverwaltung zu streichen oder zumindest spürbar zu erhöhen. Berlin ist hier mit 32 Jahren absolutes Schlusslicht. Viele andere Bundesländer verzichten ganz auf eine Altersgrenze in ihrer Steuerverwaltungslaufbahnverordnung oder weisen eine deutlich höhere aus. In Brandenburg beträgt die Altersgrenze inzwischen 40 Jahre. *„Wenn sich Berlin im Rennen um die besten Bewerberinnen und Bewerber nicht abhängen lassen will, muss nun schnell etwas geschehen“*, so Francisca Bier, Vorsitzende der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung. *„Gut, dass wir den Senator jetzt überzeugen konnten.“* Dr. Matthias Kollatz kündigte alsbald eine Änderung der Berliner Steuerverwaltungslaufbahnverordnung unter Hinweis auf das

personalpolitische Aktionsprogramm an. Dann soll das Einstiegsalter so gewählt sein, dass noch eine aktive Dienstzeit von 20 Jahren möglich ist. Das würde aktuell eine Heraufsetzung der Altersgrenze auf das 45. Lebensjahr bedeuten.

Ausbildung evaluieren, Einfluss stärken, Unterbringung sichern

Ein Dauerbrenner für ver.di ist auch die Durchführung einer Evaluation der Ausbildung. Laut ver.di sollte untersucht werden, aus welchen Gründen am Ende der Ausbildung nicht mehr neue KollegInnen in den Ämtern ankommen. *„Ein Studien- oder Ausbildungsplatz kostet eine Menge Geld, da darf es einem doch nicht egal sein, wenn Leute vorzeitig abbrechen oder durch die Prüfung fallen“*, argumentierte Stefan Utecht, Mitglied der ver.di-Fachkommission. *„2020 werden wir uns das anschauen“*, so die Zusage des Senators dazu.

Auch die Stärkung des Einflusses von Berlin auf die Ausbildung und das Studium in KW waren Thema des Gesprächs. Laut Senator Dr. Kollatz sei man da auf einem guten Weg. Die neue Kooperationsvereinbarung mit Brandenburg werde derzeit ausgehandelt und Berlin hat seine Interessen deutlich gemacht und in vielen Punkten auch durchgesetzt. Dr. Kollatz ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Kooperation für die Ausbildung mit Brandenburg langfristig fortbestehen soll.

Bereits beim letzten Gespräch hatte ver.di die räumliche Kapazität in KW thematisiert und nun den Senator an seine Zusage, Unterbringungsmöglichkeiten für die Studierenden und Auszubildenden zu schaffen, erinnert. Erfreut erfuhren die ver.di-VertreterInnen, dass hier die Planungen bereits weit fortgeschritten seien. Sobald die Kalkulation vorliege, könne mit dem Bau eines Wohnheimes mit 240 Plätzen – wahrscheinlich noch in diesem Jahr – begonnen werden. Das Objekt wird ca. 750 m vom Campus entfernt liegen und soll vorrangig den Auszubildenden und Studierenden aus KW zur Verfügung stehen. Aber auch andere Studierende sollen freie Plätze erhalten können.



Quereinstieg vorantreiben

ver.di befürwortet ausdrücklich den Quereinstieg in die Berliner Steuerverwaltung und forderte den Senator abermals auf, die Bemühungen dafür voranzutreiben. Der Finanzsenator teilte mit, dass ein Rahmenkonzept für den Quereinstieg in die Finanzämter entwickelt wurde und hierin zehn Einsatzgebiete lokalisiert wurden, darunter das TFA, die Neuaufnahmestelle im FA Neukölln, die Geschäftsstellen, der Zentrale Zahlungsverkehr der Finanzämter (ZZFÄ) und die BP-Registaturen. Erste Ausschreibungen für die Geschäftsstellen und den ZZFÄ sollen alsbald auf den Weg gebracht werden, Anfang 2020 sollen dann Basislehrgänge für die Neueingestellten beginnen. ver.di geht das immer noch zu langsam. *„Wir brauchen einen ambitionierten Zeitplan für weitere Ausschreibungen und eine Klärung, wer die Auswahlen zeitnah durchführen kann“*, so Susanne Bewersdorf. *„Dazu gehört auch eine Stärkung des Aus- und Fortbildungsreferats bei SenFin, das mit den Einstellungen der Anwärtinnen und Bewerber und den Personalentwicklungsmaßnahmen schon jetzt mehr als ausgelastet ist“*, ergänzte Jörg Bewersdorf.

Grundsteuerreform rechtzeitig vorbereiten, dauerhafte Stellen schaffen

Auf ausdrückliche Nachfrage von ver.di erklärte der Senator, es werde bei der Grundsteuerreform keinen Berliner Sonderweg wie in Bayern geben. Aufkommensneutralität ist hier die Maxime. Steuererhöhungen dürften nicht durch die Hintertür erfolgen, äußerte der Senator dazu. *„Es ist gut, dass es hier eine klare Aussage gibt“*, so Jörg Bewersdorf, stellvertretender Vorsitzender der ver.di-Fachkommission. *„Aber das muss auch personell unterfüttert werden. Wir brauchen auch hier unbefristete Einstellungen.“* SenFin hat für diese Aufgabe 55 Beschäftigungspositionen zum nächsten Haushalt angemeldet. Zum Doppelhaushalt 2022/2023 sollen weitere 55 Beschäftigungspositionen folgen. Ver.di machte deutlich, dass diejenigen, die hier über Jahre Erfahrungen in den Finanzämtern sammeln, von vornherein eine langfristige Perspektive brauchen.

Unbefristete Einstellungen für diesen Bereich lehnte der Senator zwar ab, weil nach der neuen Hauptfeststellung ein vollautomatisches Verfahren für die Grundsteuer geplant sei und die zusätzlichen Arbeitskräfte nicht langfristig benötigt werden. Er wies aber darauf hin, dass auch diesen Beschäftigten eine Perspektive für eine Tätigkeit in den Finanzämtern durch Weiterentwicklungsmöglichkeiten geboten werden soll.

Ausstattung verbessern

Die Mitglieder der ver.di-Fachkommission machten außerdem deutlich, dass sie kein Verständnis für kleinliche Ablehnungen von notwendigen Haushaltsanmeldungen und eine Schlechterstellung der Beschäftigten in den Finanzämtern gegenüber den Beschäftigten in der Senatsverwaltung aufbringen.

Wasserspender in jedem Finanzamt seien im Hinblick auf die Klimaentwicklung unbedingt erforderlich. Das ließ sich bisher aus Kostengründen nicht realisieren, so dazu der Finanzsenator. Hier müsse eine preiswertere Lösung gefunden werden.

Zur Forderung der Regelausstattung mit elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen, um von permanent sitzender Tätigkeit entlastet zu werden, entgegnete Dr. Kollatz, jede Ersatzbeschaffung werde künftig mit einem elektrisch höhenverstellbaren Schreibtisch erfolgen, egal in welchem Bereich. Eine Vollausstattung sei aber kurzfristig nicht realistisch, das brauche einige Zeit.

Die von ver.di geforderte Ausstattung mit zwei Monitoren auf allen Arbeitsplätzen habe man im Blick. Auch hier soll die Ausstattung schrittweise ab 2020 erfolgen. Aus ver.di-Sicht ist das eine gute Nachricht, gerade auch im Hinblick auf die weitere Digitalisierung und der Ausweitung der eAkte.

Dies und das

ver.di erinnerte den Senator auch daran, für diejenigen eine Jahressonderzahlung zu ermöglichen, die zwischen dem 1. Juli und dem 1. Dezember in ein Beamtenverhältnis wechseln. *„Dr. Kollatz hatte uns versprochen, diesen Personenkreis bei einer zukünftigen Novellierung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen in den Blick zu nehmen. Daran haben wir ihn natürlich erinnert“*, so Stefan Utecht. Dazu gebe es ein Eckpunktepapier, mit dem dieses Problem dann gelöst werden soll, kündigt Dr. Kollatz an. *„Es ist sehr erfreulich, dass die ver.di-Forderung, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, dann endlich von Erfolg gekrönt sein wird. Wir werden das jedenfalls ganz genau beobachten und auf alle Fälle dran bleiben“*, kommentiert Francisca Bier die Ankündigung des Senators.

Susanne Bewersdorf forderte Dr. Kollatz auf, endlich Mutterschutzzeiten auch für die laufbahnrechtliche Probezeit nicht mehr als schädliche Zeiten einzurechnen. Für die Erprobungszeiten vor einer Beförderung hatte sie eine entsprechende Regelung bereits erreicht. Dr. Kollatz verwies hier auf positive Einzelfallentscheidungen, eine generelle Regelung konnte oder wollte er noch nicht in Aussicht stellen.

Die ver.di-VertreterInnen hatten noch einige Themen auf den Zettel, aber da war die vereinbarte Gesprächszeit bereits um 15 Minuten überzogen.



Auch dieses Gespräch fand wieder in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt. Ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Finanzsenator und der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung war bereits in den letzten Treffen vereinbart worden. Themen gibt es ausreichend, so dass die ver.di-Vertreterinnen bereits im ersten Halbjahr 2020 einen erneuten Austausch anstreben.